

**Vincent Hoyer**

Universität Augsburg

ORCID 0000-0003-0051-0476

## **“Volksgemeinschaft” im Werden? “Baltendeutsche” im Warthegau 1939–1941**

Am 6. Oktober 1939 verkündete Adolf Hitler nach Ende des Angriffskriegs gegen Polen “eine neue Ordnung der ethnografischen Verhältnisse”<sup>1</sup>. Um Platz für deutsche Siedler zu schaffen, ermordeten, vertrieben und deportierten die deutschen Besatzer Polen und Juden aus den annektierten Gebieten Danzig-Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien. Unter der Parole ‘Heim ins Reich’ wurden sowohl Deutsche aus dem ‘Altreich’ als auch deutsche Minderheiten aus dem östlichen und südöstlichen Europa angesiedelt<sup>2</sup>. Als erste der deutschen Minderheiten kamen im Spätherbst 1939 circa

---

<sup>1</sup> Verhandlungen des Reichstages Bd. 460, Berlin 1939, S. 51–63, hier S. 56. Dieser Aufsatz entstand aus einer Bachelorarbeit, die ich im Mai 2018 an der Universität Augsburg bei Jun.-Prof. Maren Röger und Prof. Dietmar Süß eingereicht habe. Für ihre Betreuung und die Möglichkeit, bei ihr zu lernen, möchte ich Maren Röger herzlich danken. Zudem danke ich Philipp Kröger und Alexander Weidle für kluge Anregungen und zahlreiche Diskussionen.

<sup>2</sup> Dafür wurden zwischen Oktober 1939 und Januar 1941 insgesamt sieben Verträge zur Zwangsumsiedlung von circa 500.000 Volksdeutschen aus dem Ausland abgeschlossen: 15. Oktober 1939 mit Estland (13.000 Umsiedler); 21. Oktober 1939 mit Italien (180.000 Umsiedler aus Südtirol); 30. Oktober 1939 mit Lettland (50.000 Umsiedler); 3. November 1939 mit der Sowjetunion (65.000 Umsiedler aus Wolhynien, 55.000 aus (Ost-)Galizien, 8.000 aus dem Narew-Gebiet); 5. September 1940 erneut mit der Sowjetunion (93.500 Umsiedler aus Bessarabien, 43.000 aus der Nordbukowina); 20. Oktober 1940 mit Rumänien (52.000 Umsiedler aus der Südbukowina, 15.000 aus der Dobrudscha); 10. Januar 1941 mit der Sowjetunion (50.000 Umsiedler aus Litauen, nochmals 17.000 aus den mittlerweile annektierten Ländern Estland und Lettland). R. Schulze, “Der Führer ruft!” *Zur Rückholung der Volksdeutschen aus dem Osten*, in: J. Kochanowski (Hg.),

63.000 ‘Umsiedler’ aus Estland und Lettland in Gotenhafen (pl. Gdynia) an. Diese so genannten ‘Baltendeutschen’ hatten im Vergleich zu anderen, später eintreffenden Umsiedlern gute Ausgangsbedingungen<sup>3</sup>. Von den verschiedenen Umsiedlergruppen profitierten sie im Vergleich am meisten vom Raub polnischen und jüdischen Eigentums, sie wurden überwiegend in Städten untergebracht und hatten als einzige eine eigene Beratungsstelle bei der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi)<sup>4</sup>. Die Situation entsprach dennoch vielerorts nicht den Erwartungen von ‘Volksgemeinschaft’, die das NS-Regime vor der Umsiedlung geschürt hatte<sup>5</sup>: Verbliebene Nichtdeutsche arbeiteten in den Betrieben, ‘Volksdeutsche’ unterhielten Kontakte mit Polen und ‚Reichsdeutsche‘ übernahmen Führungsrollen im Warthegau<sup>6</sup>.

Der vorliegende Aufsatz zeigt, dass das Ideologem der ‘Volksgemeinschaft’ in den eingegliederten Gebieten kein starres Gebilde war, sondern von verschiedenen Akteuren angeeignet und ausdifferenziert wurde. Für Baltendeutsche im Warthegau spielte ‘Volksgemeinschaft’ insbesondere als Verheißungsutopie eine zentrale Rolle, um Änderungen ihrer Situation zu fordern. Die Idee einer solidarischen, egalitären und abgegrenzten Gemeinschaft diente als vage definierte Schablone, anhand derer Akteure ihre Erwartungen und ihr Handeln ausrichten konnten, um sich durch soziale Praxis der Projektionsfläche ‘Volksgemeinschaft’ zu nähern<sup>7</sup>. “Ein wissenschaftlich produktiver Umgang mit dem Begriff ‘Volksgemeinschaft’”, so Michael Wildt, „besteht deshalb darin, ihn praxeologisch zu verstehen, ‘Volksgemeinschaft’ nicht als gegeben vorauszusetzen, sondern die Praktiken ihrer Herstellung, kurz: Vergemeinschaftung

---

*Die ‘Volksdeutschen’ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität*, fibre Verlag, Osnabrück 2006, S. 183–204, hier S. 188, 204.

<sup>3</sup> Gruppenbegriffe und geografische Begriffe aus dem NS-Jargon werden bei Erstnennung durch einfache Anführungszeichen hervorgehoben und dann zur besseren Lesbarkeit ohne Markierung gebraucht.

<sup>4</sup> Schulze, op. cit., S. 192–193; So kam allein in Posen circa ein Drittel der Baltendeutschen unter. F. Gerlach, Ein neuer Abschnitt deutscher Volksgeschichte, in: *Zeitschrift für Geopolitik* 18, 1941, H. 3, S. 146–154, hier S. 147. Zur Verteilung zwischen Stadt und Land siehe T. Janicki, *Wież w Kraju Warty (1939–1945)*, PSO, Poznań 1996, S. 83–85. Die VoMi wurde 1936 ins Leben gerufen und war zuständig für deutsche Minderheiten und die ‘Gleichschaltung’ ihrer Interessensverbände. Sie war verantwortlich für Transport und Unterbringung der Umsiedler. Schulze, op. cit., S. 185–186; V.O. Lumans, *Himmler’s Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, The University of Nord Carolina Press, Chapel Hill, NC 1993.

<sup>5</sup> Bosse, op. cit., S. 302.

<sup>6</sup> H.-E. Volkmann, *Zur Ansiedlung der Deutschbalten im ‘Warthegau’*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 30, 1981, S. 527–558, hier S. 541–542; Janicki: *Die ländliche Gesellschaft im okkupierten Warthegau*, 2001, S. 206; A. Stiller, *On the Margins of ‘Volksgemeinschaft’. Criteria for Belonging to the ‘Volk’ within the Nazi Germanization Policy in the Annexed Territories, 1939–1945*, in: C.-C. Szejnmann; M. Umbach (Hg.), *Heimat, Region, and Empire. Spatial Identities under National Socialism*, Houndmills, Basingstoke 2012, S. 235–251, hier S. 239.

<sup>7</sup> J. Steuwer, *Was meint und nützt das Sprechen von der ‘Volksgemeinschaft’? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Literaturbericht*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 53, 2013, S. 487–534, hier S. 507.

zu untersuchen”<sup>8</sup>. Wie die beiden Kapitel dieses Aufsatzes zeigen, riefen die Akteure erstens zu einer strikteren Praxis rassistischer Hierarchien und ‘volksgemeinschaftlicher’ Exklusion gegenüber Polen und Juden auf. Zweitens appellierten sie an die innere Solidarität und Egalität der ‘Volksgemeinschaft’, um auf Missstände aufmerksam zu machen und die Position der Baltendeutschen zu stärken. So versuchten sie herzustellen, was sie mit ‘Volksgemeinschaft’ assoziierten.

Die Forschung zu den Baltendeutschen im Warthegau nimmt vor allem die Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität in den Blick<sup>9</sup>. Der vorliegende Beitrag soll diese Forschung ergänzen, indem er untersucht, wie Baltendeutsche auf lokaler Ebene argumentativ versuchten, ihre Situation zu verbessern. Er zeigt zudem anschließend an Birthe Kundrus und Alexa Stiller, dass auch in den eingegliederten Gebieten ‘Volksgemeinschaft’ als praxeologischer Prozess zu verstehen ist<sup>10</sup>. Als Quellenbasis dienen die Akten der VoMi, Zweigstelle Posen, die heute im Staatsarchiv Poznań liegen. Insbesondere Dokumente der baltendeutschen Einwandererberatungsstelle geben Aufschluss über die Agenda baltendeutscher Umsiedler, da die Stelle regelmäßig Berichte von lokalen baltendeutschen Vertrauenspersonen (V-Männern) einforderte<sup>11</sup>. Die V-Männer sind im Sinne Rogers

<sup>8</sup> M. Wildt, “Volksgemeinschaft”. *Eine Antwort auf Ian Kershaw*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8, 2011, S. 102–109, hier S. 106.

<sup>9</sup> M. Krzoska, *Volksdeutsche im Warthegau*, in: E. Neander; A. Sakson (Hg.), *Umgesiedelt – Vertrieben. Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau. Beiträge einer Tagung am 16.–18. Oktober 2009 in Poznań* (Posen) veranstaltet von der Deutsch-Baltischen Gesellschaft e.V. (Darmstadt) und dem Instytut Zachodni (Poznań), Marburg 2010, S. 66–82; Schulze, “Der Führer ruft!”; L. Bosse, *Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland*, in: M. Garleff (Hg.), *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*. Bd. 1, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2008<sup>2</sup>, S. 297–388; Janicki, *Wieś...*, 1996; H.-E. Volkmann, *Zur Ansiedlung der Deutschbalten im “Warthegau”*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 30, 1981, S. 527–558; C. Łuczak, *Die Ansiedlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Polen*, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13, 1978, S. 193–205. Für einen generellen Überblick zur deutschen Besetzung Polens siehe C. Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, S. 444.

<sup>10</sup> B. Kundrus, *Regime der Differenz. Volkstumspolitische Inklusionen und Exklusionen im Warthegau und Generalgouvernement 1939–1944*, in: F. Bajohr und M. Wildt (Hg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2009, S. 105–123; Stiller, *On the Margins...*

<sup>11</sup> Die Quellen deuten darauf hin, dass die Baltenstelle der Einwandererzentralstelle zum Jahreswechsel 1939/1940 in die Einwandererberatungsstelle der VoMi überging. Diese etablierte mehrere Zweigstellen in verschiedenen Landkreisen und sammelte Informationen über die umgesiedelten Baltendeutschen. Mit der offiziellen Auflösung und Eingliederung der baltendeutschen ‘Volkgruppe’ in die ‘Volksgemeinschaft’ am 30. April 1940 sollte die Arbeit dieser Stelle zwar sukzessive eingestellt werden, doch adressierten V-Männer noch bis Herbst 1940 Berichte an sie. Meldungen, die nach dem 30. April 1940 zwar an die VoMi, aber nicht explizit an die Beratungsstelle gerichtet sind, weisen darauf hin, dass dieselben V-Männer in jedem Fall die VoMi noch bis Anfang 1941 über die Lage in den Landkreisen informierten. Archiwum Państwowe w Poznaniu (im Folgenden: APP) 53/800 Biuro do Spraw Przesiedlenia Niemców – Oddział w Poznaniu [1935] 1939–1944 (im Folgenden: VoMi) 140; And. Volksdeutsche Mittelstelle vom 14. Oktober 1940, in: APP VoMi 65, Bl. 18; Aktenvermerk Bericht über Samter vom 7. Mai

Brubakers als *ethnic entrepreneurs* zu verstehen, da sie individuelle Interessen ethnisierten und somit suggerierten, ‘die Baltendeutschen’ agierten als geschlossene Gruppe mit einheitlichen Zielen.<sup>12</sup> Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 1939 bis 1941, da im Vorfeld des deutsch-sowjetischen Kriegs die Siedlungspolitik zunehmend den Prioritäten der Kriegswirtschaft wich<sup>13</sup>.

### Exklusion und rassische Hierarchien

Die deutschen Besatzer etablierten eine rassische Hierarchie, an deren Spitze ‘arische’ Deutsche und am unteren Ende Juden standen. Bis Kriegsende trieben sie die Germanisierungspolitik in Gauleiter Arthur Greisers ‘Modellgau’ voran, indem sie 1,1 Millionen der circa 4,4 Millionen Einwohner aus dem Warthegau ins ‘Generalgouvernement’ deportierten, davon fast alle 600.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit<sup>14</sup>. Aus dem Warthegau ermordete die Besatzungsmacht knapp die Hälfte der Juden. Die deutschen Germanisierungs- und Ansiedlungspläne standen dabei in einem direkten Zusammenhang zur Deportations- und Vernichtungspolitik des Deutschen Reichs, an der Deutsche jeder Herkunft partizipierten<sup>15</sup>. Die zunächst noch im Warthegau verbliebenen Polen und wenigen Juden wurden als Arbeiter eingesetzt – oft zum Missfallen baltendeutscher Beschwerdesteller. Die nichtdeutsche Bevölkerung in den eingegliederten Gebieten arbeitete schlichtweg billiger als ihre deutsche Konkurrenz, sodass Aufträge an Nichtdeutsche vergeben wurden<sup>16</sup>. Außerdem konnten zu Beginn der Umsiedlungen und Deportationen bestimmte Berufe nicht sofort neu besetzt werden, da für sie spezialisiertes Wissen vonnöten war<sup>17</sup>. Dieser ökonomische

---

1940, in APP VoMi 69, Bl. 5-6; Aktenvermerk Betr. Provinzfahrt vom 19. und 20.3.1941 vom 22. März 1941, in APP VoMi 69, Bl. 44; E. Kroeger, *Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen*, Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1967, S. 169; L. Bosse, *Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland*, in: M. Garleff (Hg.), *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*. Bd. 1, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2008<sup>2</sup>, S. 297–388, hier S. 342–342. Zur Einwandererzentralstelle siehe A. Strippel, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1939–1945*, Ferdinand Schöningh, Paderborn/München 2011.

<sup>12</sup> Dies trifft selbstverständlich auch auf Bevölkerungsgruppen zu. R. Brubaker, *Ethnicity without Groups*, in: *European Journal of Sociology/Archives Européennes de Sociologie* 43, 2002, H. 2, S. 163-189, hier S. 173–174.

<sup>13</sup> G. Aly, *Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1995, S. 230.

<sup>14</sup> C. Epstein, *Model Nazi. Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland*, Oxford University Press, Oxford 2012, S. 7; Krzoska: op. cit., S. 67–68.

<sup>15</sup> W. Röhr, *Einleitung*, in: *Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1933–1945)*, Dokumentenauswahl und Einleitung von W. Röhr, Köln 1989, S. 58; im ‘Volksdeutschen Selbstschutz’ etwa partizipierten Volksdeutsche und Umsiedler bei der Ermordung von 20.000 bis 30.000 Menschen in Polen, bevor die letzten Einheiten im Herbst 1940 aufgelöst wurden. C. Jansen; A. Weckbecker, *Der “Volksdeutsche Selbstschutz” in Polen 1939/40*, R. Oldenbourg, München 1992, S. 155, 193–197.

<sup>16</sup> Bosse, *Vom Baltikum...*, S. 330.

<sup>17</sup> Volkmann, *Zur Ansiedlung...*, S. 541–542.

Pragmatismus einiger Reichsdeutscher passte nicht ins Hierarchie-Verständnis vieler Baltendeutscher.

Vom NS überzeugte Balten- und Volksdeutsche hielten oftmals an ihren Idealvorstellungen von ‘Volksgemeinschaft’ fest, während Reichsdeutsche mit der ‘Volksgemeinschaft’ in der Praxis bereits vertraut waren und funktional agierten. Baltendeutsche beklagten Korruption, Preisdruck durch polnische wie jüdische Konkurrenz und mangelnde Unterstützung durch die ‘Volksgenossen’. Für die V-Männer bot diese vermeintliche Zurücksetzung der Baltendeutschen entgegen der rassistischen Hierarchien vielfach Anlass zu Beschwerden. So habe zum Beispiel die Wehrmacht in Leslau (Włocławek) jüdischen Schneidern und Schuhmachern Aufträge erteilt, während ein baltendeutscher Schneider die Stadt wieder verlassen musste, da er keine Aufträge erhalten habe<sup>18</sup>. In Kalisch (Kalisz) hätten die Behörden aus Preisgründen polnische Handwerker den deutschen vorgezogen<sup>19</sup>. Die V-Männer klagten, die deutschen Auftraggeber handelten unsolidarisch, wenn sie die Baltendeutschen nicht unterstützten. Solidarität sollte durch strikte Praxis rassistischer Hierarchien und Exklusion erreicht werden.

Als weiterer Aspekt reichsdeutschen Pragmatismus wurden enteignete Polen auf den Höfen und in den Betrieben weiterbeschäftigt. Darüber beschwerten sich oftmals Baltendeutsche, die sich für die Tätigkeiten der polnischen Arbeiter geeignet sahen. Im Fokus der Klagen standen reichsdeutsche Treuhänder, die auf Höfen die polnischen ehemaligen Besitzer als Arbeiter übernahmen. Deren spezifischen Kenntnisse waren zunächst schlichtweg notwendig, um den Betrieb am Laufen zu halten<sup>20</sup>. Die Baltendeutschen, die zum Teil ebenfalls auf diesen Höfen lebten und diese mit der Zeit zur Bewirtschaftung erhalten sollten, reagierten häufig aufgebracht: Zum einen, weil sie das Zusammenleben mit Polen aus rassistischer Sicht als unwürdig empfanden. Zum anderen instrumentalisierten ihrer Ansicht nach Reichsdeutsche Polen, um eigene Ansprüche durchzusetzen. Indem Polen auf den Höfen arbeiteten, konnten Vorurteile gestützt werden, nach denen Baltendeutsche “nur ‘Esser und Wohner’”<sup>21</sup> und “Nichtstuer”<sup>22</sup> seien. Wie die Akten der VoMi zeigen, rekurrten immer wieder Beschimpfungen durch Reichs- und Volksdeutsche auf diese Stereotype<sup>23</sup>. Zudem sollte nach Ansicht der V-Männer verhindert werden, dass Baltendeutsche sich die notwendigen Kenntnisse erwarben, um die Höfe selbst zu leiten. So seien beispielsweise Vorschläge von Baltendeutschen, an den Höfen mitzuarbeiten, abgelehnt worden, wie ein Bericht über den Landkreis Kalisch vom 27. Juli 1940 darlegte:

---

<sup>18</sup> Aktenvermerk Borchert z.H. von SS-O.-Stuf. Dr. Strickner vom 27. August 1940, in: APP VoMi 59, Bl. 36.

<sup>19</sup> Aktenvermerk Kalisch vom 6. Juni 1940, in: APP VoMi 52, Bl. 16.

<sup>20</sup> Volkmann, *Zur Ansiedlung...*, S. 541–542.

<sup>21</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt o.D., in: APP VoMi 61, Bl. 36. Der Bericht ist undatiert, doch die Aktenlage lässt darauf schließen, dass er zwischen dem 29. Mai 1940 und dem 27. Juli 1940 verfasst wurde.

<sup>22</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt vom 27. Juli 1940, in: APP VoMi 61, Bl. 43.

<sup>23</sup> Brief an die Volksdeutsche Mittelstelle vom 28. Dezember 1940, in: APP VoMi 53, Bl. 26.

“Trotzdem P. sich angeboten hat, auch in der Buchführung zu helfen, macht dieselbe die Tochter des ehemaligen polnischen Besitzers”<sup>24</sup>. Ein Bericht der VoMi an den SD aus dem Frühsommer 1940, der sich auf “persönlich[e] Wahrnehmungen von Beauftragten des Höheren SS- und Polizeiführers” stützte, resümierte: “Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die baltendeutschen Landwirte [...] auf ihrem zukünftigen Besitz [...] als Zuschauer tatenlos zusehen müssen, wie die ehem. polnischen Besitzer in Zusammenarbeit mit den reichsdeutschen Treuhändern nach ihrem Belieben schalten und walten”<sup>25</sup>.

Baltendeutsche wiederum nutzten die Darstellungen der aus ihrer Sicht benachteiligenden Lage auf den Höfen, um eine Verbesserung ihrer eigenen Situation zu fordern. Dabei betonten sie Handlungen, die gegen das Rassekonzept der ‘Volksgemeinschaft’ verstießen. Der Landwirt Axel von P. gab zum Beispiel zu Protokoll: “Die Polen haben nach wie vor ihre Finger in der Wirtschaft und die Tochter des Polen führt dem Treuhänder Herrn Karl W[.] die Bücher. Ebenso pflegt der Treuhänder nach wie vor Tischgemeinschaft mit den Polen”<sup>26</sup>. Aussagen wie diese suggerierten, dass Reichsdeutsche über das rein wirtschaftliche Verhältnis hinaus Sympathien für Polen hegten, die dem Exklusionsgedanken der ‘Volksgemeinschaft’ widersprachen. Möglicherweise wurden solche Berichte gezielt zugespitzt, um Reichsdeutsche zu denunzieren. Anhand dessen konnten Baltendeutsche den Behörden konkrete Handlungsanweisungen geben, wie das folgende Beispiel aus dem Landkreis Gostynin zeigt. Ein baltendeutscher Landwirt erschien dort beim zuständigen V-Mann und beschwerte sich über die Anwesenheit von Polen auf den Höfen. Der von V-Mann und Beschwerdesteller signierte Bericht endet wie folgt: “Es wird von den Balten im Kreise Gostynin [...] um möglichst baldige Einweisung als Wirtschaftsführer sowie um Abtransport der zur Zeit noch auf den Gütern lebenden früheren polnischen Besitzer [gebeten]”<sup>27</sup>. So riefen die Akteure dazu auf, die exklusive Seite der ‘Volksgemeinschaft’ gemäß ihres eigenen Verständnis zu praktizieren. In einem Lagebericht der VoMi an den SD vom 27. Juli 1940 wurde die ideologische Komponente dieser Beschwerden zugespitzt: “Die Tatsache, dass der Pole, als Undeutscher, hier nicht einer geschlossenen deutschen Front gegenübersteht, die ihn in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht gleichmäßig ablehnend behandelt, stärkt sein Rückgrat und seine Position. Es scheint offensichtlich zu sein, dass die geschilderten Zustände der Festigung Deutschen Volkstums im Warthegau ins Gesicht schlagen”<sup>28</sup>. Diese Schilderung warnte, die Situation auf den betroffenen Höfen könnte die Germanisierungspolitik gefährden, da Deutsche wegen ihrer Konflikte untereinander rassische Hierarchien pragmatisch behandeln würden. Als Konsequenz

<sup>24</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt vom 27. Juli 1940, in: APP VoMi 61, Bl. 38.

<sup>25</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt o.D., in: APP VoMi 61, Bl. 36.

<sup>26</sup> Abschrift Brief vom 22. Juni 1940, in: APP VoMi 52, Bl. 23.

<sup>27</sup> Aktenvermerk 26. Juni 1940, in: APP VoMi 48, Bl. 6.

<sup>28</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt vom 27. Juli 1940, in: APP VoMi 61, Bl. 44.

wurde auch hier gefordert, polnische Familien zu deportieren und den Baltendeutschen die Verantwortung für die Höfe zu übertragen<sup>29</sup>.

Hinsichtlich Volksdeutscher richtete sich das Augenmerk der Beschwerden vor allem auf die teilweise fortbestehenden Dorfgemeinschaften und die ‘Volksliste’<sup>30</sup>. Während sich ein Teil der Volksdeutschen durch Polenhass hervortat, lebten zumindest zu Beginn der Besetzung Volksdeutsche auf dem Land teilweise weiterhin mit Polen zusammen<sup>31</sup>. Indem Gauleiter Arthur Greiser im Mai 1940 auf Anraten des SD die ‘Volksliste’ im Warthegau um eine dritte Kategorie erweiterte, wurde die Einstufung zum ‘Volksdeutschen’ willkürlicher, die Grenzen der ‘Volksgemeinschaft’ flexibler. Diese Kategorie C umfasste “im Polentum aufgegangene, widereindeutschungsfähige Deutschstämmige”<sup>32</sup>. So konnte es vorkommen, dass eine Dorfgemeinschaft sich in Volksdeutsche und Polen aufgeteilt wiederfand, obwohl die ‘neuen’ Volksdeutschen zum Beispiel sprachlich dem Polnischen oder Russischen näherstanden als dem Deutschen<sup>33</sup>. Nur weil Personen nun laut ‘Volksliste’ als deutsch kategorisiert wurden, änderten sie in manchen Fällen nicht ihre Haltung gegenüber ihren Nachbarn im Sinne der NS-Ideologie<sup>34</sup>. Der baltendeutsche V-Mann Richard S. zum Beispiel berichtete am 15. Mai 1940 aus Steinau (Kamionek) im Landkreis Mogilno: “Das Verhältnis der Volksdeutschen zu den Polen ist für unser Empfinden z.T. jedenfalls geradezu unverständlich u. unzulässig. Volksdeutsche u. Polen leben friedlich und z.T. freundschaftlich zusammen. Abstand wird nicht gewahrt”<sup>35</sup>. Folgt man diesem Bericht, scheint die rassische Trennung in Steinau zu diesem Zeitpunkt eine relativ geringe Rolle gespielt zu haben. Vielmehr wandte sich die Dorfgemeinschaft teilweise gegen die baltendeutschen ‘Eindringlinge’. Rassische Hierarchien traten hier zugunsten der Dorfgemeinschaft in den Hintergrund. Die Beschwerden der Baltendeutschen zielten darauf ab, diese Gemeinschaften zugunsten rassischer Hierarchien aufzubrechen, die Polen ausschlossen und Baltendeutsche einbegriffen.

<sup>29</sup> Ibidem.

<sup>30</sup> Zur ‘Deutschen Volksliste’ siehe G. Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität, Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen*, Verlag der Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 2012.

<sup>31</sup> Pronazistische Volksdeutsche erstellten Listen, auf deren Basis Polen interniert oder hingerichtet wurden. Volksdeutsche Milizen, die sich in den ersten Kriegstagen formierten, wurden am 10. September im bereits erwähnten ‘Volksdeutschen Selbstschutz’ gruppiert. C. Łuczak, *Verhaltensweisen Deutscher gegenüber Polen im Reichsgau Wartheland (1939–1945)*, in: H. Schultz (Hg.), *Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerschneiden einer Nachbarschaft*, Verlag Amo Spitz, Berlin 2001, S. 217–226, hier S. 218; Krzoska, *Volksdeutsche...*, S. 79.

<sup>32</sup> Kategorie A betraf Personen, die in der Zwischenkriegszeit ihr ‘Deutschtum’ offensiv vertreten hatten, Kategorie B ‘Deutschstämmige’, die sich in der Zwischenkriegszeit nicht als Volksdeutsche bekannt hatten. G. Wolf, *Ideologie...*, S. 271.

<sup>33</sup> T. Janicki, *Die ländliche Gesellschaft im okkupierten Warthegau*, in: H. Schultz (Hg.), *Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerschneiden einer Nachbarschaft*, Verlag Amo Spitz, Berlin 2001, S. 197–216, hier S. 206.

<sup>34</sup> Zudem scheint der Begriff ‘volksdeutsch’ in den Akten der VoMi nicht immer durch einen Nachweis über die ‘Volksliste’ belegt zu sein. Die Zuschreibung in den Berichten basierte also auch auf individueller und subjektiver ‘Einschätzung’.

<sup>35</sup> Bericht Mogilno – Steinau 15. Mai 1940, in: APP VoMi 62, Bl. 36.

Sowohl zum beklagten ökonomischen Pragmatismus als auch zu privaten Kontakten mit ‘Fremdvölkischen’ positionierte sich Reichsstatthalter Arthur Greiser in seinen Richtlinien vom 25. September 1940. Demnach seien “polnisch[e] Arbeitskräfte zurzeit noch nicht zu entbehren”, woraus sich ein “tägliches Zusammensein von deutschen und polnischen Angehörigen” ergebe<sup>36</sup>. Somit stützte er die Beschäftigung von Polen zugunsten der Wirtschaft. Für Deutsche jedoch, die “über das dienstlich oder wirtschaftlich notwenige Maß hinaus Umgang mit Polen [pfl egten]”, sahen die Richtlinien Schutzhaft vor<sup>37</sup>. Solange der Kontakt mit Nichtdeutschen also nutzenorientiert war, wurde er toleriert. Sobald die Grenze des Nutzens allerdings überschritten wurde, drohte Haft. Greiser gebrauchte die ideologische Flexibilität und modifizierte die soziale Praxis entsprechend äußerer Einflüsse. Wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden soll, bedienten sich baltendeutsche Akteure auch ideologischer Versatzstücke, um Veränderungen innerhalb der ‘Volksgemeinschaft’ zu fordern.

### Konflikte um Ressourcen und Macht

Entgegen der Propaganda einer egalitären deutschen Gemeinschaft waren soziale Unterschiede im Warthegau von Beginn an festgeschrieben. Besonders Reichsdeutsche genossen korrespondierend zu ihrer von Himmler zugeordneten Rolle als völkische Elite Vorteile<sup>38</sup>. So hatten fast ausschließlich Reichsdeutsche Positionen in höheren Administrationsebene, wie zum Beispiel Oberbürgermeister und Landräte, inne<sup>39</sup>. Zudem übernahmen sie übergangsweise die kommissarische Verwaltung für Höfe und Betriebe enteigneter Polen und Juden, die für Umsiedler vorgesehen waren<sup>40</sup>. Für die Siedler aus dem Altreich stellten die neuen Provinzen vor allem eine Chance dar, wichtige politische Karriereschritte schnell zu absolvieren und eigenen Besitz zu vermehren<sup>41</sup>. Volksdeutsche und Baltendeutsche, denen das NS-Regime im Zuge von Krieg und Umsiedlung jeweils Führungsrollen in den annektierten Gebieten propagiert hatte, mussten sich mit untergeordneten Rollen zufrieden geben und konkurrierten untereinander. Als potentielles Korrektiv für die Situation der Baltendeutschen lässt sich

<sup>36</sup> Richtlinien Greiser vom 25. September 1940, in: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1933–1945), Dokumentenauswahl und Einleitung von W. Röhr, Köln 1989, Dok. 77, S. 190.

<sup>37</sup> Ibidem.

<sup>38</sup> A. Stiller, *On the Margins of ‘Volksgemeinschaft’. Criteria for Belonging to the ‘Volk’ within the Nazi Germanization Policy in the Annexed Territories, 1939–1945*, in: C.-C. Szejnmann; M. Umbach (Hg.), *Heimat, Region, and Empire. Spatial Identities under National Socialism*, Houndmills, Basingstoke 2012, S. 235–251, hier S. 239.

<sup>39</sup> Krzoska, *Volksdeutsche...*, S. 72–73.

<sup>40</sup> Bosse, *Vom Balticum...*, S. 325.

<sup>41</sup> Madajczyk, *Die Okkupationspolitik...*, S. 444. Eine Arbeit wie die Markus Roths zu den Kreishauptleuten im Generalgouvernement liegt zu den Landräten des Warthegaus nicht vor. Auch im Generalgouvernement war individuelle Bereicherung Motivation für Deutsche, in der Besatzungsverwaltung zu arbeiten. M. Roth, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen. Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Wallstein Verlag, Göttingen 2009<sup>2</sup>, S. 51–52.

in den Berichten und Beschwerden in den Akten der VoMi die Verheißungsutopie der ‘Volksgemeinschaft’ ausmachen.

Reichsdeutsche, Volksdeutsche und Umsiedler trugen Konflikte für ihre und im Namen ihrer Gruppe aus<sup>42</sup>. Reichsdeutsche versuchten oftmals, ihre Machtposition zu sichern und auszubauen, indem sie in vielen Städten die besten Wohnungen, wertvollsten Möbel und die vielversprechendsten Betriebe für ihre Gruppe beschlagnahmten<sup>43</sup>. Aus fast allen Landkreisen des Warthegaus informieren Berichte der VoMi, dass verschiedene reichsdeutsche Treuhänder mit allen Mitteln die Übernahme ihrer Betriebe und Höfe durch Umsiedler zu verhindern suchten<sup>44</sup>. Zudem beschimpften Reichsdeutsche Angehörige der anderen Bevölkerungsgruppen auf rassischer und ‘völkischer’ Basis, indem sie deren ‘Deutschtum’ im Gegensatz zum eigenen in Frage stellten<sup>45</sup>. So wurde Baltendeutschen unterstellt, sie hätten “deutsches Wesen und deutsches Lied”<sup>46</sup> erst kürzlich kennengelernt. Volksdeutsche und Umsiedler hingegen, deren Erwartungen an die ‘Volksgemeinschaft’ enttäuscht wurden, strengten sich an, ihre eigenen Positionen zu verbessern. So weisen Berichte der V-Männer darauf hin, dass in unterschiedlichen Dörfern Volksdeutsche Macht und Ressourcen monopolisiert hätten und sich von den Baltendeutschen abgrenzen würden<sup>47</sup>. Aus dem Landkreis Dietfurt (Żnin) schrieb der baltendeutsche V-Mann Georg B. über die Zeit zwischen 10. und 21. Juli 1940 an die VoMi: “Im Dorf Venetia vertragen sich

<sup>42</sup> Der Begriff der ‘Reichsdeutschen’ fasste die circa 195.000 Deutschen aus dem Altreich, die sich bis 1944 im Warthegau befanden. Als ‘volksdeutsch’ wurde bezeichnet, wer in der Zwischenkriegszeit in Polen gelebt hatte. In den Kategorien eins und zwei der ‘Deutschen Volksliste’, die mit Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht verknüpft waren, wurden 420.000 Volksdeutsche gezählt. In Kategorie drei, die Staatsangehörigkeit auf Widerruf versprach, wurden weitere 65.000 Personen eingestuft. Inklusive der Baltendeutschen zählte die Kategorie Umsiedler Anfang 1944 im Warthegau circa 245.000 Personen. Zahlen nach M. Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Stuttgart 1961, S. 134. Broszat beruft sich dabei auf den so genannten ‘Kleinen Umsiedlungsspiegel’ von Januar 1944; Tadeusz Janicki nennt für 1943 132.000 Reichsdeutsche, 476.000 Volksdeutsche und 242.000 Umsiedler für das Warthegau. Janicki, op. cit. 1996, S. 86; In der zweiten Jahreshälfte 1944 kamen noch weitere circa 242.000 überwiegend ‘Schwarzmeerdeutsche’ in den Warthegau. C. Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945)*, PSO, Poznań 1996, S. 70–71.

<sup>43</sup> U.a. Bericht Dietfurt zum 10. Juni 1940, in: APP VoMi 46, Bl. 22–23; Lagebericht über Schrimm 19. April 1940, in: APP VoMi 71, S. 7–8.

<sup>44</sup> Zum Lagebericht betr. Die Lage der baltendeutschen Landwirte im Regierungsbezirk Litzmannstadt vom 27. Juli 1940, in: APP VoMi 61, Bl. 38–44; Bosse, *Vom Baltikum...*, S. 325.

<sup>45</sup> D.L. Bergen, *The Volksdeutschen of Eastern Europe, World War II, and the Holocaust. Constructed Ethnicity, Real Genocide*, in: K. Bullivant (Hg.), *Germany and Eastern Europe. Cultural Identities and Cultural Differences*, Rodopi, Amsterdam 1999, S. 70–93, hier S. 74–75, 82; Schulze, “*Der Führer ruft!*”..., S. 199–200.

<sup>46</sup> Brief von Kurt C. an A. v. Koskull vom 11. August 1940, in: APP VoMi 55. Die Namen der Umsiedler werden anonymisiert.

<sup>47</sup> Bericht über die Fahrt nach Obornik 24.–25. Februar 1940 vom 6. März 1940, in: APP VoMi 65, Bl. 3; Bericht über Fahrt in die Kreise Gnesen, Mogilno, Dietfurt, Wongrowitz am 26. und 27. April 1940, in: APP VoMi 62, Bl. 28; Bericht Mogilno – Steinau 15. Mai 1940, in: APP VoMi 62, Bl. 35.

Volks- und Baltendeutsche schlecht, der Grund ist darin zu finden[,] dass eine ganze Verwandtschaft von Volksdeutschen zusammen sitzt und alles an sich reißen will, und die Balten schlecht behandeln [sic]<sup>48</sup>. Ebenso diskreditierten Volksdeutsche und Baltendeutsche Angehörige der jeweils anderen Gruppe, indem sie deren rassistischen oder 'völkischen' 'Wert' anzweifelten<sup>49</sup>. Führende NS-Funktionäre versuchten zu beschwichtigen.

NS-Autoritäten riefen wiederholt dazu auf, die lokalen Konflikte zwischen den Angehörigen der deutschen Bevölkerungsgruppen beizulegen und bekräftigten die 'Volksgemeinschaft' als Argumentationsbasis. So appellierte Reichsstatthalter Greiser zur "Feier der Eingliederung der ehemals volksdeutschen und baltendeutschen Volksgruppen in die Großdeutsche Volksgemeinschaft" am 30. April 1940, die Gegensätze zwischen den Gruppen zu überwinden, indem "im Gau alle deutschen Volksstämme Schulter an Schulter marschieren und gemeinsam das Fundament einer verschworenen Gemeinschaft für Führer und Reich bilden"<sup>50</sup> sollten. Die Sprachregelung zeigt, dass versucht wurde, die Gruppenunterschiede unter dem Dach der 'Volksgemeinschaft' zu egalisieren, während in den Berichten der VoMi zur selben Zeit und noch weit darüber hinaus entlang der Gruppengrenzen argumentiert wurde. Einerseits bekräftigte Greiser mit seiner Rede das Verheißungsangebot der 'Volksgemeinschaft', auf das sich die Umsiedler in ihren Beschwerden bezogen. Andererseits bediente er sich selbst des Begriffs, um Solidarität zu fordern. Die Rede von der 'Volksgemeinschaft' fungierte also nicht nur als Verheißung, sondern auch als Machtinstrument<sup>51</sup>.

V-Männer untermauerten ihre Berichte über Missstände, indem sie dieses Machtinstrument bedienten. Der Apotheker und V-Mann Fred T. aus Warthestadt (Wronki) im Landkreis Samter (Szamotuły) beklagte im Mai 1940, dass die reichsdeutschen Behörden seinen baltendeutschen Angestellten Arnold G. nicht ausreichend bei der Wohnungssuche unterstützten<sup>52</sup>. T. schrieb in einem Bericht an die VoMi vom 7. Mai 1940: "Eine jede Familie lebt für sich und kämpft für sich. Das Gefühl der Volksgemeinschaft ist hier leider nirgends zu finden"<sup>53</sup>. Er unterstellte auf diese Art und Weise den lokalen, reichsdeutschen Behörden, nicht im Sinne der deutschen Solidargemeinschaft zu handeln. Angesichts der vielfach beklagten Tatsache, dass Reichsdeutsche in vielen Städten die besten Wohnungen, wertvollsten Möbel und die vielversprechendsten Betriebe beschlagnahmten und oftmals nur anderen

<sup>48</sup> Bericht Dietfurt für die Zeit vom 10. Juli bis 21. Juli 1940, in: APP VoMi 46, Bl. 29.

<sup>49</sup> Bericht Oberlehrer H. vom 10. April 1940, in: APP VoMi 60, Bl. 6; Lagebericht vom 7. Oktober 1940, in: APP VoMi 55, Bl. 40; Brief an die Volksdeutsche Mittelstelle, Tremessen 14. März 1941, in: APP VoMi 62, Bl. 78.

<sup>50</sup> Kameradschaft der Deutschen im Wartheland. Gauleiter Greiser, Uhle und Dr. Kröger vor der Führerschaft der ehemaligen Volksgruppen, in: Ostdeutscher Beobachter, Nr. 121 vom 1. Mai 1940, S. 2. Verschiedene Bevölkerungsgruppen trugen Greiser Beschwerden über die jeweils andere Gruppe vor, sodass er immer wieder beschwichtigen und Gruppenpositionen stärken musste. Krzoska, *Volksdeutsche...*, S. 75.

<sup>51</sup> Vgl. Steuer, *Was meint...*, S. 502.

<sup>52</sup> Aktenvermerk betr. Bericht über Samter 7. Mai 1940, in: APP VoMi 69, Bl. 5.

<sup>53</sup> Aktenvermerk betr. Bericht über Samter 7. Mai 1940, in: APP VoMi 69, Bl. 6.

Reichsdeutschen zur Verfügung stellten, könnte T. mit dieser Aussage einerseits Solidarität fordern. Andererseits könnte er vor dem Hintergrund der egalitären ‘Volksgemeinschaft’ auch auf bestehende Ungerechtigkeiten hinweisen<sup>54</sup>. Berichte wie die Fred Ts., die sich auf Beschwerden von Baltendeutschen stützten und in der Hoffnung verfasst wurden, dass sich die Zustände in den jeweiligen Landkreisen zugunsten der Baltendeutschen verändern würden, liegen heute in großer Zahl im Archiv vor. Auch wenn ‘Volksgemeinschaft’ als Referenz nicht immer begrifflich erwähnt wurde, glichen Baltendeutsche doch ihre Idealvorstellungen mit der Lebenssituation im Warthegau ab. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, nutzten sie Versatzstücke der NS-Ideologie.

Die VoMi griff die Forderungen der V-Männer auf. Hohe Gehaltsunterschiede zwischen Reichs- und Baltendeutschen hatten zu massiven Beschwerden seitens Baltendeutscher geführt<sup>55</sup>. Ein in Posen verfasster fünfseitiger Lagebericht vom 5. Juni 1940 zum Landkreis Samter resümiert diesbezüglich: “Eine grundsätzliche Regelung der Tariffrage scheint im Interesse des Eingliederungsprozesses der Volksgruppen in *eine* Volksgemeinschaft und aus Gründen der Gerechtigkeit dringend erforderlich”<sup>56</sup>. Dies bestätigt, dass die Beschwerden aus den Landkreisen über Gehaltsunterschiede in Posen verarbeitet und diskutiert wurden. Wie dieser Bericht zudem zeigt, rezipierten Mitarbeiter in der Posener VoMi-Zentrale zum anderen die ideologische Komponente der Meldungen. Die VoMi empfahl, lokale Autoritäten, die nicht im Sinne einer homogenen ‘Volksgemeinschaft’ agierten und eigene Interessen vorantrieben, zu entmachten und zu ersetzen<sup>57</sup>. Sie leitete Berichte an den ‘Volkstumsreferenten’ im SD-Leitabschnitt Posen, Herbert Strickner, weiter, dessen Behörde auf die Lokalverwaltungen einwirkte<sup>58</sup>. Der wahrgenommene Ist-Zustand der ‘Volksgemeinschaft’ wurde durch soziale Praxis der nationalsozialistischen Utopie angenähert<sup>59</sup>.

Wie veranschaulicht wurde, waren die NS-Autoritäten im Verlauf der Ansiedlungen ständig mit den an Propagandaversprechen geknüpften Erwartungen sowie den vom

<sup>54</sup> U.a. Bericht Dietfurt zum 10. Juni 1940, in: APP VoMi 46, Bl. 22–23; Lagebericht über Schrimm 19. April 1940, in: APP VoMi 71, S. 7–8.

<sup>55</sup> Aktenvermerk 26. August 1940, in: APP VoMi 71, Bl. 18; Zum Lagebericht betr. Benachteiligung von Baltendeutschen, in: APP VoMi 69, Bl. 19–20.

<sup>56</sup> Hervorhebung im Original. Zum Lagebericht betr. Benachteiligung von Baltendeutschen, in: APP VoMi 69, Bl. 20.

<sup>57</sup> Zum Lagebericht Betr. Behörden im Kreise Mogilno vom 18. Juni 1940; Lagebericht an die Volksdeutsche Mittelstelle Posen vom 30. Oktober 1940, in: APP VoMi 55, Bl. 45.

<sup>58</sup> Bericht über die Fahrt nach Samter 23.–24. Februar 1940 vom 5. März 1940, in: APP VoMi 69, Bl. 3; Bericht Oberlehrer H. vom 10. April 1940, in: APP VoMi 60, Bl. 5–6; Bericht Dietfurt zum 10. Juni 1940, in: APP VoMi 46, Bl. 22; Brief an SS Obersturmführer Dr. Strickner vom 14. Juni 1940, in: APP VoMi 62, Bl. 47–48; Gesamteindruck der Baltenunderbringung im Kreis Wartbrücken vom 3. Juli 1940, in: APP VoMi 74, Bl. 16; Dr. Herbert Strickner aus Innsbruck war bis 1942 ‘Volkstumsreferent’ im SD-Leitabschnitt Posen. M. Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Verlag der Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 943–944.

<sup>59</sup> Vgl. Wildt, *ibidem*, S. 104.

NS-Regime fabrizierten strukturellen Ungleichheiten konfrontiert. NS-Funktionäre nutzten die 'Volksgemeinschaft' zum Appell an die Deutschen im Warthegau, Konflikte beizulegen und als einheitliche Gemeinschaft zu agieren. Ebenso argumentierten baltendeutsche V-Männer über dieses ideologische Versatzstück, um auf Probleme aufmerksam zu machen und die Situation Baltendeutscher zu verbessern.

## Fazit

Im vorliegenden Aufsatz wurde gezeigt, dass Baltendeutsche das deutungsoffene Konzept der 'Volksgemeinschaft' nutzten, um Änderungen ihrer Situation zu fordern. Das Ideologem der 'Volksgemeinschaft' ist demnach in den eingegliederten Gebieten nicht statisch, sondern dynamisch zu verstehen. Die Akteure riefen dazu auf, rassische Hierarchien und Exklusion strikt zu praktizieren und argumentierten mit den Idealen von Solidarität und Gleichheit gegenüber Angehörigen anderer deutscher Bevölkerungsgruppen. Während mehr als eine Million Polen und Juden bis zum Kriegsende aus dem Warthegau deportiert wurden, waren die deutschen Besatzer nach wie vor auf polnische und jüdische Arbeitskräfte angewiesen. Weil Nichtdeutsche billiger arbeiteten und sich zudem in ihren vormaligen Betrieben auskannten, hatten Baltendeutsche teilweise das Nachsehen. Zahlreiche V-Männer protestierten gegen diesen ökonomischen Pragmatismus, da Baltendeutsche gemäß den rassischen Hierarchien über Nichtdeutschen stünden. Zudem instrumentalisierten Reichsdeutsche Polen, um Ansprüche auf Betriebe geltend zu machen. Die VoMi bezog sich auf Berichte Baltendeutscher, die Reichsdeutschen unterstellten, entgegen rassischer Exklusionskonzepte zu agieren, und forderte, polnische Arbeiter zu deportieren und die Betriebe Baltendeutschen zu übergeben. Außerdem wiesen Baltendeutsche darauf hin, dass trotz Kontaktverbot teilweise Dorfgemeinschaften zwischen Volksdeutschen und Polen fortbestanden. Auf diese Weise versuchten sie, die Vergemeinschaftung der Deutschen im Warthegau nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen.

Entgegen der Erwartungen, im Warthegau nach der Umsiedlung Führungsrollen übernehmen zu können, konkurrierten Baltendeutsche mit anderen Deutschen um soziale Stellung. Sie beklagten gegenüber der VoMi und ihren Mitarbeitern soziale Ungleichheiten und Konflikte unter den Deutschen, die entlang der Gruppenkategorien der Reichsdeutschen, Volksdeutschen und Baltendeutschen verliefen. V-Männer beriefen sich dabei in ihren Berichten auf das Ideal einer homogenen und egalitären 'Volksgemeinschaft', um zugunsten der Baltendeutschen Veränderungen der Situation vor Ort zu fordern. Als Konsequenz der Schilderungen, die von der VoMi an den SD-Leitabschnitt Posen weitergeleitet wurden, mussten Landräte, Kreislandwirte und Bürgermeister ihre Posten räumen. Dies zeigt, dass für Baltendeutsche 'Volksgemeinschaft' als Argument diente, um die Position der Gruppe gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zu stärken.

Wie gezeigt wurde, ist auch in den annektierten Gebieten 'Volksgemeinschaft' als Prozess zu verstehen. Angesichts der unterschiedlichen Herkunft der dort lebenden Deutschen trafen in den eingegliederten Gebieten auch verschiedene Auffassungen einer deutschen Gemeinschaft aufeinander. Während zum Beispiel Baltendeutsche ein vergleichsweise idealistisches Bild bemühten, wussten

Reichsdeutsche das Konzept pragmatisch zu deuten. Indem die Bevölkerungsgruppen auf Basis der ‘*Volksgemeinschaft*’ argumentierten, verhandelten sie gleichzeitig Gemeinschaftspraktiken.

## **Abstract**

### ***Is ‘Volksgemeinschaft’ Being Created? Baltic Germans in the Warthegau 1939–1941***

The German attack on Poland resulted in the incorporation of Western Poland into National Socialist Germany in October 1939. In the context of ‘Germanisation’ policy and in order to ‘make space’ for German settlers, the occupiers murdered, expelled and deported Poles and Jews from these territories. In addition to members of the German minority in Poland, so-called ‘ethnic Germans’ (*Volksdeutsche*) from eastern Europe and Germans from the ‘*Altreich*’ (Germany within the borders of 1937) were also settled there. However, the situation in the Warthegau fell short of the expectations of Baltic German re-settlers. As reports sent to the ‘*Volksdeutsche Mittelstelle*’ (the organisation responsible for the administration of the settlement of ethnic Germans) show, Baltic Germans sought to influence their situation in the Warthegau by referring to the promising utopia of ‘*Volksgemeinschaft*’ (national community). Their complaints about the lack of solidarity among the Germans as well as interactions with non-Germans served to discredit members of other groups and justify alterations in their favour. Thus, the ideological concept of ‘*Volksgemeinschaft*’ was not an inflexible construct, but was appropriated and used towards different ends by various actors.

**Keywords:** *Warthegau*, ethnic Germans, resettlement, *Volksgemeinschaft*.